

PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 8. NOVEMBER 2018



ANTRAG **BEAMTE SOLLEN WAHLFREIHEIT BEI KRANKENKASSEN ERHALTEN**

„Die Ungleichbehandlung von Beamtinnen und Beamten bei der Krankenversicherung muss beendet werden“, betonte die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Steffi Dehne, heute in der Bürgerschaft. Bisher müsse, wer sich als Beamter freiwillig gesetzlich versichert, die Kosten in vollem Umfang selbst tragen. Die Bürgerschaft hat heute auf Initiative der SPD-Fraktion beschlossen, dass sich dies ändern soll.

Im derzeitigen Krankheitsvorsorgesystem können Beamtinnen und Beamte sich zwar freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) versichern, müssen dann aber den GKV-Beitrag inklusive des sogenannten Arbeitgeberanteils vollständig selbst tragen. Im Regelfall wählen sie deshalb verständlicherweise eine 50-prozentige Absicherung durch eine private Krankenversicherung, während der Staat in Form der Beihilfe die andere Hälfte der anfallenden Kosten der Gesundheitsversorgung zahlt. Für Dehne steht fest: „Der Staat leistet durch diese Regelungen einen strukturellen Beitrag zur Schwächung des solidarischen Pflichtversicherungssystems.“

Die Bürgerschaft hat daher auf Initiative der SPD-Fraktion heute einen Antrag beschlossen, in dem der Senat aufgefordert wird, die rechtlichen Grundlagen für das sogenannte „Hamburger Modell“ zu schaffen. Dieses soll es den Beamten ermöglichen, zwischen der privaten und der gesetzlichen Krankenversicherung mit einem pauschalen Beihilfezuschuss zu wählen – ohne finanzielle Nachteile. „Dadurch entsteht für neu eingestellte Beamtinnen

und Beamte eine tatsächliche Wahlmöglichkeit“, sagte Dehne und ergänzte: „Aus Gleichheits- und Gerechtigkeitsabwägungen sollte dies dadurch



flankiert werden, dass stufenweise auch diejenigen Bestandsbeamtinnen und -beamten in diese Regelung einbezogen werden, die sich bisher freiwillig in der GKV versichert und damit aus eigenen Mitteln einen Beitrag für das Solidarsystem geleistet haben.“

Dehne hob hervor, dass diese Regelung für Menschen mit Behinderung von besonderer Bedeutung sei.

„Diese Menschen haben in der Regel trotz Beamtenstatus keine Möglichkeit, sich privat zu versichern. Sie sind daher gezwungen, in die gesetzliche Krankenversicherung zu gehen, zahlen dort zwangsläufig aber auch den Arbeitgeberanteil und sind im Ergebnis dadurch noch zusätzlich belastet. Auch diese Ungerechtigkeit wollen wir mit unserer Neuordnung beseitigen“, erklärte die Sozialdemokratin.

Insgesamt sei der heutige Beschluss aber nur ein erster Schritt hin zu einem ausgewogeneren und solidarischeren Bürgerversicherungskonzept, sagte Dehne abschließend. „Bremen leistet hierdurch im Rahmen seiner landesrechtlichen Möglichkeiten einen Beitrag zur Stärkung unseres Solidarsystems. Damit können wir auch eine Vorbildfunktion für andere Länder einnehmen“.

> Antrag: Beitrag zur Stärkung der solidarischen gesetzlichen Krankenversicherung leisten

<http://tiny.cc/SOLIDARSYSTEM>



Steffi Dehne

ANTRAG **ARBEITNEHMERRECHTE MÜSSEN AUCH ÜBER DEN WOLKEN GELTEN**



„Für uns alle ist die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Betrieben heute eine Selbstverständlichkeit“, sagte die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Sybille Böschen, heute in der Bürgerschaft. Anlass war eine Initiative der SPD-Fraktion, die das Parlament beschlossen hat. Darin fordert es den Senat auf, sich mit einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass eine gesetzliche Sonderregelung abgeschafft wird, die das fliegende Personal von Luftfahrtunternehmen häufig von dieser Mitbestimmung ausschließt.

Sonntagabend war es soweit: Die letzte Ryanair-Maschine, die in Bremen stationiert ist, landete in der Hansestadt. Die Fluggesellschaft schließt die Bremer Basis, wovon 90 Beschäftigte betroffen sind. Und sie hatte diese Schließung mitten in einer erbitterten Tarifauseinandersetzung verkündet, die auch zu Streiks führte. Die Beschäftigten setzen sich für eine bessere Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen, aber auch für Tarifverträge und Mitbestimmung ein. Die Schließung in Bremen wurde von ver.di als Vergeltungsaktion für den Streik aufgefasst.



Sybille Böschen

Dass es hier keine betriebliche Mitbestimmung gibt, liegt an einer Ausnahmeregelung des Betriebsverfassungsgesetzes. Dies sieht grundsätzlich in

Betrieben mit mindestens fünf Beschäftigten die Wahl eines Betriebsrats vor. Für das fliegende Personal gelten allerdings andere Regeln. „Piloten und Flugbegleiter können einen Betriebsrat nur dann wählen, wenn dies durch einen Tarifvertrag vorgesehen ist“, erklärte Sybille Böschen. „Gibt es keinen Tarifvertrag, haben die Betroffenen keine Möglichkeit, ihre Mitbestimmungsrechte wahrzunehmen und stehen schutzlos da. Piloten und Flugbegleiter haben somit keine Möglichkeit, einen Betriebsrat zu wählen, wenn der Arbeitgeber sich dem verweigert. Für die 20.000 Piloten und Flugbegleiter bei Ryanair existiert damit bis heute kein betriebliches Mitbestimmungsgremium.“

Grund für diese Ausnahmeregelung sei seinerzeit gewesen, dass dieses Personal nicht ortsgebunden arbeite, erklärte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende – und machte klar, was sie davon hält: „Es ist absolut unverständlich, warum für das fliegende Personal andere Rechte gelten sollen als

für die übrigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im selben Unternehmen.“

Auf Initiative der SPD-Fraktion hat die Bürgerschaft daher heute einen Antrag beschlossen, der den Senat auffordert, sich auf Bundesebene für die Abschaffung dieser Regelung einzusetzen. Und Böschen begrüßte in ihrer Rede zudem, dass Bundesarbeitsminister Hubertus Heil ebenfalls angekündigt hat, das Gesetz entsprechend ändern zu wollen und eine Betriebsratsgarantie in Deutschland zu verankern. Böschen abschließend: „Das ist richtig und wichtig, stellen doch wirtschaftliche, arbeitsorganisatorische und arbeitsrechtliche Veränderungen wie Globalisierung, Flexibilisierung und Digitalisierung Unternehmen vor große Herausforderungen – bei denen Betriebsräte maßgeblich unterstützen können.“

> **Antrag: Über den Wolken darf die Ausbeutung nicht grenzenlos sein!**
http://tiny.cc/betriebsrat_flieger

FRAGE **UNABHÄNGIGE PATIENTENBERATUNG MITTLERWEILE EINE FARCE?**

Seit einigen Jahren geht die Zahl der Patienten-Beratungsgespräche in Bremen deutlich zurück. Zwischen 2014 und 2016 wurden fast 75 Prozent weniger Beratungsgespräche geführt. Die Quote von persönlichen Beratungen sank sogar um 88 Prozent. Steffi Dehne, gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, fragte



Steffi Dehne

heute in der Fragestunde nach: Was ist dem Senat über den Eigentümerwechsel bekannt? Welche Folgen hat dieser Wechsel auf die Bremer Beratungsstelle? Und wie wird dieser Wechsel vom Senat bewertet?

Die Unabhängige Patientenberatung Deutschlands (UPD), die 2016 nach einer Ausschreibung von der Sanvartis GmbH übernommen wurde, sei mittlerweile in Besitz der Careforce Sanvartis Holding GmbH, die auch im Personal- und Vertriebsdienstleistungssektor tätig sei, antwortete Gesundheitssenatorin Eva Quante-Brandt für den Senat. Auf Nachfrage Dehnes betonte sie, dass dieser Wechsel in der Eigentümerstruktur das Misstrauen des Senats gegenüber dieser Lösung nicht zerstreut, sondern vielmehr verstärkt habe – auch, weil er von diesem Wechsel aus den Medien erfahren habe. Er fürchte um die Unabhängigkeit und Neutralität der angebotenen Beratung. Zwar seien aktuell keine Auswirkungen dieser Umstände auf die UPD Bremen zu erkennen – die Zahl der Beratungsgespräche sei im Zeitraum

von 2016 auf 2017 sogar wieder leicht gestiegen. „Allerdings liegen diese trotzdem weit unterhalb der Vergleichszahlen aus dem Jahr 2014, es wurden noch nicht einmal 50 Prozent der Beratungen aus dem Vergleichsjahr 2014 durchgeführt“, so die Senatorin.

Quante-Brandt betonte auf Nachfrage zudem, dass der Senat Änderungen bei der Patientenberatung anstrebe. Beim Ausschreibungsverfahren im Jahr 2021 sollten die Kriterien und Anforderungen aus seiner Sicht verändert werden. So sollte die Umsetzung etwa nicht mehr über Callcenter erfolgen. Und zudem sollten regionale Lösungen wieder ermöglicht werden, wenn sie keine Doppelstrukturen schafften. Dazu plane der Senat eine Bundesratsinitiative.

> **Zur Frage:**
http://tiny.cc/unabhaengige_beratung

DEUTLICHE WORTE UND KLARE KANTE GEGEN ANTISEMITISMUS

Mit deutlichen Worten hat der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Björn Tschöpe, heute jegliche Form von Antisemitismus scharf verurteilt. Der Sozialdemokrat machte klar: „Die Bekämpfung des heutigen Antisemitismus ist nicht nur selbstverständliche, sittlich gebotene Pflicht nach den Erfahrungen der Shoah, sie muss die DNA eines jeden freiheitlichen und demokratischen Staates sein.“

Anlass der heutigen Parlamentsdebatte war ein Bericht des Senats, der auf einen einstimmigen Beschluss der Bürgerschaft zurückgeht und in dem dieser auch sein Handlungskonzept „Stopp dem Antisemitismus“ vorlegte.



Björn Tschöpe

Tschöpe warf in seiner Rede einer-

seits einen Blick zurück in die Geschichte und setzte sich mit Zitaten von Friedrich Engels und Carl von Ossietzky auseinander. Er stellte zudem unmissverständlich klar: „Das Existenzrecht des Staates Israel ist nicht nur deutsche Staatsräson, sondern muss das Anliegen aller Deutschen sein.“

Andererseits setzte er sich mit der Frage auseinander, wie Antisemitismus heute zu definieren sei. Zugrunde zu legen – auch nach Beschluss des Bundeskabinetts und des Deutschen Bundestages – sei hier die Definition der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken (IHRA), so der Sozialdemokrat. „Entscheidend an der Definition ist, dass nicht erst von Antisemitismus gesprochen wird, wenn offener Hass durch Worte geäußert oder durch Taten demonstriert wird, sondern es ist von einer Wahrnehmung die Rede“, sagte er. „Das heißt, der Antisemitismus ist ein Phänomen, das nicht durch die Anwesenheit oder das Verhalten von Juden

ausgelöst wird, sondern er ist ein Problem desjenigen, der diese antisemitische Wahrnehmung hat.“

Damit werde nicht zuletzt auf bestimmte Formen des Antisemitismus reagiert – etwa auf die Täter-Opfer-Umkehr, nach der Juden dafür verantwortlich gemacht würden, dass es Antisemitismus gebe. In dieser Logik sei nicht der Antisemitismus das Problem sondern die Anwesenheit oder das Handeln von Juden.

Dem müsse man entschieden entgegen-treten, betonte der SPD-Fraktionsvorsitzende. Alle Formen des Antisemitismus müssten bekämpft werden. Tschöpe abschließend: „Die Geschichte des Antisemitismus lehrt: Werden Juden diskriminiert oder verfolgt, dann sind die Bürgerrechte von Nichtjuden gleichfalls wenig wert. Auch deshalb: Wehret den Anfängen!“

> Zum Bericht des Senats:

http://tiny.cc/antisemitismus_bericht

ANTRAG AMBULANTE NOTFALLVERSORGUNG DAUERHAFT VERBESSERN

Künftig soll es eine einheitliche Anlaufstelle für Notfallpatientinnen und Notfallpatienten in Form von integrierten Notfallzentren geben. Dafür soll sich der Senat auf Initiative der SPD-Fraktion auf Bundesebene einsetzen. Das hat die Bremische Bürgerschaft heute beschlossen. „Diese Notfallzentren sollten unserer Vorstellung nach an einem Krankenhaus angesiedelt und rund um die Uhr geöffnet sein“, erklärte die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Steffi Dehne, heute in der Bürgerschaft.

„In medizinischen Notfallsituationen aber auch bei nicht-lebensbedrohlichen gesundheitlichen Beschwerden sollen Patientinnen und Patienten schnell und unkompliziert die passende Hilfe erhalten“, so Dehne. In der Theorie sei der ärztliche Bereitschaftsdienst der Kassenärztlichen Vereinigung für nicht lebensbedrohende gesundheitliche Beschwerden nachts oder am Wochenende zuständig. Der Rettungsdienst und die Notaufnahmen der Krankenhäuser sind rund um die Uhr für lebensbedrohende Notfallsituationen zuständig.

„Für viele Patientinnen und Patienten sind die Zuständigkeiten völlig unklar. Es gibt einerseits die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte mit ihren Praxen und der Pflicht, die Bereitschaftsversorgung außerhalb üblicher Praxissprechzeiten in Ambulanzen der Kassenärztlichen Vereinigung sicherzustellen, und andererseits die Aufgaben der Krankenhäuser mit

Notaufnahme

ihren medizinischen Notaufnahmen zur anschließenden stationären Versorgung“, erklärte die Gesundheitspolitikerin. Dass es hier zu Unklarheiten komme, zeigten die überfüllten Notaufnahmen an Krankenhäusern auch im Land Bremen.

Zusätzlich würden immer mehr Patientinnen und Patienten eine Klinik aufsuchen, obwohl keine lebensbedrohende Notfallsituation vorliegt, da es insbesondere bei niedergelassenen Fachärztinnen und Fachärzten vermehrt zu langen Wartezeiten komme, so Dehne. Auch dieses Verhalten führe das ambulante Notfallversorgungssystem an die Belastungsgrenze.

„Deutlich ist: Die ambulante Bereitschafts- und Notfallversorgung funktioniert in vielen Regionen unkoordiniert oder nur mangelhaft. In Bremen ist sie vergleichsweise gut aufgestellt, dennoch kennen viele Menschen das Angebot nicht, und auch aufwendige Kampagnen scheinen dies nur in geringem Umfang zu ändern“, erklärte Dehne. Deshalb sei es dringend erforderlich, dass zukünftig die ambulante und stationäre Notfallversorgung zentral unter

einem gemeinsamen Dach organisiert würden. Dazu gehöre auch, dass künftig alle medizinischen Hilfsgesuche in einer qualifizierten integrierten Notruf-Leitstelle entgegengenommen würden.

Dehne abschließend: „Die allermeisten derjenigen, die eine Notaufnahme aufsuchen, machen sich schlicht Sorgen um ihre Gesundheit – auch wenn sich vielleicht am Ende herausstellt, dass sie nichts Ernstes haben. Sie brauchen in dieser Situation die passende Hilfe in für sie nachvollziehbaren Strukturen. Die Aufteilung in zwei Sektoren ist überflüssig. Mit unserer Forderung, die Leistungen des kassenärztlichen Bereitschaftsdienstes und der Notaufnahmen künftig unter einem Dach in integrierten Notfallzentren zusammenzuführen, gehen wir einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer besseren Versorgung der Patientinnen und Patienten auch im Land Bremen.“

> Antrag: Ambulante Notfallversorgung dauerhaft verbessern

<http://tiny.cc/notfallversorgung>

ANTRAG INSEKTEN SCHÜTZEN – PESTIZIDE VERBIETEN!

Der Einsatz von insektenschädlichen Pflanzenschutzmitteln auf öffentlichen Grünflächen, Grundstücken und Liegenschaften in Bremen und Bremerhaven soll schnellstmöglich verboten werden. Das hat die Bremische Bürgerschaft heute auf Antrag der rot-grünen Koalition beschlossen.

„Die Menge an Insekten ist in den letzten Jahren drastisch gesunken“, erklärte der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Jens Crueger, heute in der Bürgerschaft. „Insekten fehlen längst in der Natur: als Bestäuber, als Nahrung,

beispielsweise für Vögel aber auch für Insekten, die andere Insekten jagen.“



Jens Crueger

Die Gründe dafür seien vielfältig: Lebensräume der Insekten seien durch Monokulturen verschwunden,



und auch Chemie in der Landwirtschaft habe schädliche Einflüsse.

„Aber Landwirtschaft und Insektenschutz sind kein Widerspruch, im Gegenteil. Und Städte mit ihren Beeten, Parks und Gärten haben das Potential, zu Oasen für Insekten zu werden“, bekräftigte der Umweltpolitiker. „Dahingehend wollen wir

unsere Städte entwickeln und damit einen aktiven Beitrag zum Erhalt der Insektenvielfalt leisten. Bremen und Bremerhaven, die insektenfreundlichen Städte: Das ist ein Attribut, das wir uns erarbeiten sollten“, so Crueger abschließend.

> Zum Antrag:

http://tiny.cc/insekten_schuetzen

ANTRAG FÖRDERUNG BENACHTEILIGTER GEBIETE WIRD ZIELGENAUER

Die Förderung sozialer Brennpunkte wird zielgenauer. Das hat die Bremische Bürgerschaft heute auf Antrag der rot-grünen Koalition beschlossen. Konkret werden die Merkmale für soziale Ungleichheiten nun deutlich kleinräumiger erhoben. Hilfen können so zielgenauer organisiert werden.

Seit mehr als 25 Jahren nutzt das Land Bremen Sozialindikatoren, um soziale Ungleichheiten in Stadtteilen zu erkennen und ihnen – auch durch die gezielte Steuerung von Haushaltsmitteln – entgegenwirken zu können. Immer wieder wurden die zugrundeliegenden Berechnungsmodelle und Indikatoren dabei verändert. Heute nun hat die Bürgerschaft einen Antrag der rot-grünen Koalition beschlossen, der eine erneute Änderung vorsieht. Das aktuell als Berechnungsgrundlage verwendete Konzept „Monitoring Soziale Stadtentwicklung“ soll so verändert werden, dass

kleinere räumliche Einheiten in den Blick genommen werden.

„Bisher war es so, dass soziale Brennpunkte in der Statistik untergegangen sind, wenn sie in einem privilegierten Stadtteil lagen“, erklärte der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Klaus Möhle, heute in seiner Rede im Parlament. „Die Statistik bezog sich auf ein so großes Gebiet, dass die Brennpunkte teilweise gar nicht erfasst wurden.

Bei der Förderung, so etwa bei Mitteln aus den Programmen Wohnen-in-Nachbarschaften und Soziale Stadt, sowie bei der Planung von Kindergärten und Schulen, waren solche Gebiete



Klaus Möhle

damit doppelt benachteiligt.“ Mit der Erhebung der Sozialindikatoren auf „Baublockebene“ solle sich das nun ändern. Durch diese viel kleineren Einheiten werde die Statistik deutlich realitätsnäher und Mittel können dort eingesetzt werden, wo sie gebraucht werden.

„Durch die kleinräumigere Erhebung werden die Quartiere gestärkt, indem die tatsächlichen Bedarfe klar werden. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung“, sagte Möhle und betonte: „Wichtig dabei ist: Wenn neue Gebiete mit zusätzlichem Förderbedarf ausgemacht werden, soll dies nicht zulasten bisheriger Fördergebiete gehen. Dort soll kein Geld abgezogen werden.“

> Zum Antrag:

<http://tiny.cc/sozialindikatoren>